

Resolution: Neonazistischen Terror verurteilen – NPD verbieten!

Rechtsradikale Terroristen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ haben über zehn Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Bürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt. Das Umfeld hatte offensichtlich Verbindungen auch in Niedersachsen.

Diese rechtsradikale Terrorzelle ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Bereits seit Jahren treten Neonazis immer offener und unverhohlener auf. In diesem Jahr wollen sie beispielsweise durch Bad Nenndorf, Magdeburg und Dresden marschieren. Sie leugnen nicht nur das Menschheitsverbrechen des Holocaust, sondern bedrohen Menschen, die sich zum demokratischen Rechtsstaat und zur Verfassung bekennen, in der die Unverletzbarkeit der Menschenwürde verankert ist.

Im Parteienspektrum haben diese Gruppen in der NPD ihre ideologische und politische Heimat, weswegen ein erneutes Parteiverbotsverfahren die logische Konsequenz sein muss. Die Zusammenarbeit mit sogenannten V-Leuten ist gescheitert und ist einzustellen. Dies gilt ebenfalls für alle anderen Gruppen dieser Szene. Es ist ein Skandal, dass offensichtlich durch die Bezahlung von V-Leuten die Arbeit von Neonazis indirekt mit Steuermitteln bezuschusst worden ist. Der Verfassungsschutz hat völlig versagt, entweder, weil er völlig unfähig oder auf dem rechten Auge blind ist. Die Vermutung ist begründet, dass bei Zuständigkeit der Kriminalpolizei die NSU viel früher enttarnt worden wäre.

Der Kreistag Aurich verurteilt mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe „Nationalistischer Untergrund“ sowie aller anderen Opfer rechtsextremer Gewalt. Er nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Sie müssen nun die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung aller Hintergründe, sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer des rechten Terrors zu Recht erwarten, wozu auch das Eingeständnis gehört, bislang die rechte Gefahr unterschätzt zu haben. So geht die Bundesregierung im letzten Jahr von knapp 50 Todesopfern rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung aus, während es tatsächlich mehr als 180 Gewaltopfer waren. Die politische Aufklärungsarbeit und die länderübergreifende Zusammenarbeit beim Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus ist daher zu verstärken.

Als Mitglieder des Kreistages ist es unsere besondere Aufgabe, für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzustehen. Das friedliche Miteinander, die Garantie auf Unversehrtheit der Person und der staatliche Schutz vor Gewalttaten gehören zur Basis einer Zivilgesellschaft. Von den staatlichen Behörden müssen wir erwarten, dass alles getan wird, die Menschen in diesem Land vor den Neonazis zu schützen.

Aurich, den 27. Januar 2012

Jan Roß

Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Aurich